

Gesetz

vom...

zur Änderung der Gesetzgebung über die Sitzungsgelder

Der Grosse Rat des Kantons Freiburg

nach Einsicht in die Botschaft des Staatsrats vom ...;
auf Antrag dieser Behörde,

beschliesst:

Art. 1

Das Gesetz vom 16. Oktober 2001 über die Organisation des Staatsrates und der Verwaltung (SVOG; SGF 122.0.1) wird wie folgt geändert:

Art. 12 Abs. 1 Bst. b

Die Klammer «(Art. 54)» umstellen und nach «andere kantonale Interessen» einfügen.

Art. 54 Artikelüberschrift und Abs. 3 (neu)

Vertretung des Staates oder anderer kantonaler Interessen

³Die Absätze 1 und 2 gelten sinngemäss für die Fälle, in denen die Mitglieder des Staatsrats andere kantonale Interessen im Sinne von Artikel 12 Abs. 1 Bst. b vertreten.

Art. 2

Das Gesetz vom 15. Juni 2004 über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Staatsräte, der Oberamtmänner und der Kantonsrichter (SGF 122.1.3) wird wie folgt geändert:

Titel

Gesetz über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Staatsräte und der Oberamtmänner

Art. 1

Den Ausdruck «, die Richterinnen und Richter am Kantonsgericht (die Kantonsrichter)» streichen.

Art. 4

Aufgehoben

Art. 6 b) Entschädigungen

Die Magistratspersonen, die den Staat oder andere kantonale Interessen in Verwaltungsräten, Stiftungsräten oder anderen Exekutivorganen von juristischen Personen des Privatrechts oder des öffentlichen Rechts vertreten, sind verpflichtet, dem Staat den Betrag der Entschädigungen, die sie dafür erhalten, vollumfänglich zurückzuerstatten (feste Entschädigungen und Sitzungsgelder).

Art. 23 (4. Unterkapitel)

Aufgehoben

Art. 3

Das Justizgesetz vom 31. Mai 2010 (JG; SGF 130.1) wird wie folgt geändert:

Art. 8a (neu)

Gehälter und berufliche Vorsorge der
Kantonsrichterinnen und -richter

¹ Das Gehalt der Kantonsrichterinnen und -richter entspricht dem in Klasse 4 Stufe 12 der Sondergehaltsskala festgesetzten Betrag, erhöht um das 13. Monatsgehalt.

² Die Präsidentin oder der Präsident des Kantonsgerichts erhält eine Jahreszulage von 3000 Franken.

³ Die Kantonsrichterinnen und -richter sind bei der Pensionskasse des Staatspersonals nach der Pensions-Vorsorgeregelung versichert.

⁴ Artikel 6 des Gesetzes vom 15. Juni 2004 über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Staatsräte und der Oberamtmänner gilt sinngemäss für die Kantonsrichterinnen und Kantonsrichter für die Rückerstattung von Entschädigungen, die sie als Vertreter/innen des Staates oder anderer kantonaler Interessen in Exekutivorganen von juristischen Personen des Privatrechts oder des öffentlichen Rechts erhalten.

Art. 166

c) Gehälter und berufliche Vorsorge der
Kantonsrichterinnen und -richter

Das Gehalt und die berufliche Vorsorge der Kantonsrichterinnen und -richter, die am 1. September 2004 bereits im Amt waren, werden durch das Übergangsrecht nach Artikel 28 des Gesetzes vom 15.

Juni 2004 über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Staatsräte und der Oberamt männer geregelt.

Art. 4

¹ Der Staatsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

² Dieses Gesetz untersteht dem Gesetzesreferendum. Es untersteht nicht dem Finanzreferendum.